



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiwiw.eu](http://www.eiwiw.eu)) [welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de)  
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | • *Tabelle mit allen Kosten bzw. Vorteilen von*

*BREXIT UK • 16% Verlust des Pro-Kopf-Einkommens in UK durch BREXIT • bei*

*Deutschland etwa 1,5% • Unabhängig vom BREXIT sind umfassende EU-Reformen*

*nötig, sonst zerfällt die EU längerfristig.*

## **BREXIT-Kosten: 16% des Pro-Kopf-Einkommens in UK, 1,5% in Deutschland**

**Wuppertal, 15. November 2017** (*BREXITzuszusNovWelfensEIIWpr2017nov*)

Seit Ende 2017 wird sichtbar: Der geplante **britische EU-Austritt wird politisch zunehmend ungeordnet und zu einem ökonomischen Verlustgeschäft für Großbritannien**. Denkbar ist, dass UK ohne Abkommen mit der EU aus der Europäischen Union ausscheidet. **Das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in UK ist dann um etwa 15% geringer als ohne BREXIT**. In Deutschland und der EU27 ist ein Einkommensverlust von 1,5%, in Nordrhein-Westfalen sogar 2% zu erwarten. Vor allem Unternehmen aus NRW werden nämlich nicht nur durch verminderte Exporte Richtung UK betroffen sein. Vielmehr werden auch wichtige NRW-Handelspartner mit starkem UK-Handel – etwa die Niederlande – im Zuge des BREXIT reale Einkommensrückgänge haben: gut 2% sind hier denkbar und damit werden die NRW-Exporte nicht nur bei UK gedämpft, sondern auch Richtung Niederlande. **In einer Studie der Rabobank aus 2017 werden sogar über -4% als langfristiger Einkommensrückgang in den Niederlanden angegeben, für UK bei einem BREXIT ohne EU-UK-Vertrag -18%**. Dann wäre NRWs Wirtschaftsentwicklung noch mehr beeinträchtigt. Andere Bundesländer werden weniger stark negativ durch den BREXIT getroffen, so dass sich **durch den BREXIT politische Spannungen beim innerdeutschen Bundesländer-Finanzausgleich erhöhen könnten**.

Wie setzen sich ökonomisch die UK-Vorteile und UK-Verluste aus dem BREXIT zusammen? Auf der britischen Haben-Seite im Fall des EU-Austritts **stehen vermiedene Beitragszahlungen an die EU**, nämlich etwa 0,4% der britischen jährlichen Wirtschaftsleistung – des Bruttoinlandsproduktes. Wenn man das langfristig aufsummiert über zukünftige Jahre und mit Hilfe des Zinssatzes (hier: 3%) den **Gegenwartswert der künftigen Beitragszahlungen berechnet, ergibt sich für UK ein langfristiger BREXIT-Gewinn von 13,3% des Bruttoinlandsproduktes von 2016**. Hier sei betont, dass ein relativ geringer Jahresbeitrag von 0,4% des Bruttoinlandsproduktes als summierter Gegenwartswert über viele künftige Beitragsjahre auf mehr als 1/10 der nationalen Wirtschaftsleistung hinausläuft. (Der hier bei einem Kapitalisierungszinssatz von 3% ermittelte Gegenwartswert wird deutlich höher noch, wenn man als relevanten Zinssatz 2% annimmt – das könnte bei einer grundlegenden Tendenz zu langfristig niedrigen Zinssätzen erwägenswert sein. Von daher sollte man bei weiteren EU-Reformen nicht leichtfertig für die Netto-Hauptbeitragszahler die Zahllast erhöhen, die schon bei 0,5% Beitragszahlung des Bruttoinlandsproduktes an die EU netto liegen: Schweden, Niederlande, Deutschland. Bei 2% Kapitalisierungssatz wäre der Gegenwartsvorteil eines EU-Austritts mit Blick auf vermiedene künftige Beitragszahlungen  $0.5\%/0.02 = 25\%$ ; bei 3% Zinssatz kommt man auf 16.7% des Bruttoinlandsproduktes als Gegenwartswert der vermiedenen Beitragszahlungen. Der Gegenwartswert der EU-Vorteile kann durchaus bis zu 25% des Bruttoinlandsproduktes erreichen, aber wie bei jeder Club-Mitgliedschaft werden Mitgliedsländer Kosten bzw. Beitragszahlungen und Clubnutzen miteinander verglichen. Diesem UK-Vorteil stehen allerdings **erhebliche UK-Nachteile durch den britischen EU-Austritt entgegen. Sie ergeben sich zunächst aus Importzollbelastungen in allen künftigen Jahren, nämlich bei verteuerten Importen aus der EU**, was den britischen Lebensstandard beeinträchtigt. Paradoxerweise ergeben sich auch aus den EU-Zöllen, die nach dem britischen EU-Austritt für britische Exporte Richtung EU fällig werden, Nachteile für UK. Die EU steht für die Hälfte der UK-Exporte, die 10% des UK-Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Im Fall eines fehlenden EU-UK-Freihandelsabkommens werden künftig für EU-Exporte in UK Importzölle zu entrichten sein, wobei ein Teil der Zollbelastung in Großbritannien zu Preiserhöhungen führt – insgesamt macht das etwa 5 Mrd. Pfund aus: also 0,25% des UK-Bruttoinlandsproduktes. Der Gegenwartswert dieser UK-Belastungskomponente entspricht



8,3% des Bruttoinlandsproduktes von 2016 als Nachteil durch EU-Austritt. Die UK-Zolleinnahmefeffekte werden sich in Grenzen halten, sie könnten wohlfahrtsmäßig den Import-Preiserhöhungseffekt in UK teilweise kompensieren.

Zugleich werden UK-Firmen bei Exporten Richtung EU Zölle zu entrichten haben. Da britische Firmen aber ihre Verkaufspreise im wettbewerbsintensiven EU-Binnenmarkt kaum erhöhen können, werden die UK-Firmen ihre Nettopreise – ohne Zollbelastung – beim Absatz in der EU absenken müssen. Die Marktmacht britischer Firmen ist in einigen Branchen gering. **Die Folge sind sinkende Gewinne für britische Firmen**, was bis zu 0,25% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen dürfte. Der Gegenwartswert dieser Verlustkomponente liegt bei 8,3%. Der Gegenwartswert der erwarteten künftigen Effekte aus Wegfall der UK-Beiträge an die EU und der Einführung von Zöllen im UK-EU-Handel ist ein Netto-Verlust von -3,3% des UK-Bruttoinlandsproduktes.

Aus der Analyse des UK-Finanzministeriums zu den langfristigen britischen EU-Mitgliedschaftseffekten ergibt sich **bei verschlechtertem Zugang UKs zum EU-Binnenmarkt ein realer langfristiger UK-Einkommensrückgang von 6% bis 7%** (letzteres im Fall Kein EU-UK-Abkommen). Der Verlust aus der **Nichtrealisierung der Binnenmarktvertiefung, wie von Cameron Anfang 2016 mit der EU ausgehandelt, bedeuten weitere 4% Einkommensverlust**. Dies zeigt die UK-Finanzministeriumsstudie. Da durch die starke reale Pfundabwertung ausländische Investoren ihren Anteil am britischen Kapitalbestand bzw. den UK-Firmen von 27% in 2016 auf etwa 40% in 2030 erhöhen werden, steigen die ans Ausland abzuführenden Gewinnanteile: Denn in diesem Fall werden langfristig eben 40% der UK-Gewinne – sie betragen etwa 1/3 des Bruttoinlandsproduktes – über ausländische Tochterfirmen in UK an die Muttergesellschaften im Ausland abzuliefern sein. **Das ist wegen BREXIT netto über alle Positionen gerechnet ein Netto-Realeinkommensverlust von gut 15% für UK**. Vermutlich kann man durch einseitige Senkung der britischen Importzölle die Preise und damit das Reallohniveau beziehungsweise das Realeinkommen um gut 1% erhöhen. Schließlich kann man durch einen UK-USA Freihandelsvertrag eine Einkommenserhöhung um langfristig 1%-2% erreichen. **Es bleibt aber unterm Strich eine Größenordnung von 11% bis 15% realer Einkommens- beziehungsweise UK-Wohlfahrtsverlust** (letzteres mit Fokus auf Pro-Kopf-Konsum, der proportional zum Bruttonationaleinkommen ist). Das EU27-Einkommen wird durch BREXIT um 1% gemindert. Hinzu kommt für UK der **Nachteil, dass UK künftig alle Freihandelsverträge selbst beziehungsweise allein aushandeln muss** – eben nicht mehr als Teil der EU28 wie bisher als EU-Mitglied. Damit ist man aus UK-Sicht in einer geschwächten Machtposition bei internationalen Verhandlungen: Schließlich bringt UK nur 1/5 des ökonomischen EU28-Gewichtes auf die Verhandlungswaage; und mit jeder realen Pfundabwertung sinkt der Anteil Großbritanniens am Welteinkommen. Nicht ausgeschlossen ist, dass Schottland nach dem BREXIT-Vollzug eine neue Volksabstimmung zur Unabhängigkeit ansetzt und aus UK austritt. Man kann im Übrigen zeigen, dass durch den UK-Austritt ein politischer Machtgewinn in der EU bei Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Polen eintritt.

Es ist offensichtlich, dass die britische Öffentlichkeit vor der britischen EU-Volksabstimmung unglaublich schlecht, also in unfairer Weise informiert war. **Regierungschef Cameron hatte es sogar fertig gebracht, das Hauptergebnis der UK-Finanzministeriumsstudie – 10% Brutto-Einkommensverlust bei BREXIT signalisierend – nicht in die 16seitige Infobroschüre für alle Haushalte einzubauen**. Das ist eine enorme Infopanne.

**Bei Normalinformationsstand der Wählerschaft wäre das Ergebnis eindeutig pro EU gewesen**. Das gilt ganz sicher, wenn denn die EU sich den Johnson-Lügen zu den EU-Beitragslasten entgegen gestellt hätte; auch als späterer Außenminister im May-Kabinett behauptete Boris Johnson, den UK-Wochenbeitrag von 350 Millionen Pfund an die EU könnte man künftig, nach BREXIT, fürs britische Nationale Gesundheitssystem ausgeben. Da aber die britische Regierung bisherige EU-Zahlungen aus der nationalen Staatskasse ersetzen wird – man denke an EU-Zahlungen für bestimmte Regionen, Firmen und Universitäten –, kann man natürlich nur den britischen EU-Nettobetrag ins Gesundheitssystem stecken. Der aber ist kaum halb so hoch wie Johnsons 350 Millionen-Pfund-Zahl; **David Norgrove, der Chef des britischen Statistikamtes, schrieb das in einem offenen Brief an Johnson am 17. September 2017. Der BREXIT hat von daher kaum Legitimität**. Denkbar ist, dass ein zweites EU-Referendum kommt.

Unabhängig vom UK-Referendum gilt: **Reformen in der EU sind in jedem Fall unabweisbar.** Transparentere EU-Politik ist nötig, Regulierungsabbau in vielen Fällen im Bereich der Industrie; nicht bei Banken. **Wenn die EU keine vernünftigen Reformen vornimmt, so wird sie wohl langfristig zerfallen.** Vor weiteren Erhöhungen der Netto-Beitragszahlungen bei Schweden, Niederlande und Deutschland kann man im Übrigen nur warnen, denn diese sind mit 0,5 der Wirtschaftsleistung relativ hoch. 0.6% bedeutet, dass der Gegenwartswert der künftigen EU-Beitragszahlungen 1/5 der Jahreswirtschaftsleistung ist. **Der Schlüssel zu nachhaltiger Integration besteht in Nutzensteigerungen einer reformierten EU. Diese sollte Überregulierung abschaffen, Strukturen vereinfachen, stärker Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben in Brüssel verankern und endlich Freihandelsabkommen mit Japan, den ASEAN-Ländern und den USA zustande bringen. Zudem könnten höhere EU-Ausgaben für EU-Infrastrukturprojekte und Verteidigung sowie Datensicherheit sehr sinnvoll sein, da sie für die Wählerschaft bei Europa-Wahlen auch die EU-Sichtbarkeit deutlich erhöht.** Die Forschungsgruppe Wahlen hat gezeigt, dass die Wähler in Deutschland bei Europa-Wahlen bislang größtenteils nicht verstehen, um welche Arbeitsfelder es bei der EU-Politik geht, so dass daher relativ häufig Stimmen an kleine radikale Parteien gehen. Davon geht in der EU und den EU-Mitgliedsländern eine gefährliche politische Destabilisierung aus – Europa-Wahlen im jetzigen EU-Format sind Treibsatz der Populisten und Anti-EU-Parteien. Die in Deutschland **populäre Idee einer möglichst kleinen EU, unter der Überschrift Subsidiarität** verkauft (Vorrang für nationale Politik), ist in einer bislang üblichen **statischen Sicht sehr gefährlich.** Bleibt es bei einer Mini-EU, so wird der Populismus-Treiber Europa-Wahlen über die weitere Expansion nationalistisch-populistischer Parteien die EU zerbröseln lassen. Die bisherige Dauer-Große-Koalition im Europa-Parlament ist politisch ungesund. Eine bei den Staatsausgaben in Brüssel vergrößerte EU bzw. Eurozone ließe sich nicht mehr leicht über Beiträge der EU-Mitgliedsländer finanzieren, sondern sollte tatsächlich EU-Steuern erwägen: Eine progressive EU-Einkommenssteuer. Das Reformprojekt müsste so durchdacht sein, dass durch Effizienzgewinne bei den Reformen beziehungsweise dank der veränderten Finanzpolitik-Arbeitsteilung EU-Nationalstaat (& Bundesländer, etwa in Österreich und Deutschland) insgesamt Steuersenkungen möglich werden. Die Steuerquote insgesamt also sollte um mindestens rund einen Prozentpunkt gesenkt werden können. Wenn die Steuerquote um 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ohne Leistungskürzungen des Staates gesenkt werden könnte – eben dank Effizienzgewinnen –, dann ist der langfristige ökonomische Gewinn aus Steuerzahlersicht (bei 3% Kapitalisierungszinssatz) 33% eines Jahreseinkommens: Wenn man die künftigen Verminderungen der Steuerzahlungen auf die Gegenwart herunter rechnet.

**Bei den Motiven, für den BREXIT zu stimmen,** dürften bei den britischen Wählern und einflussreichen konservativen Wirtschaftskreisen verschiedene Befürchtungen eine Rolle gespielt haben: Sie reichen von Angst vor Identitätsverlust über Furcht vor EU-Zuwanderung bis zum Hineingezogenwerden in immer neue Eurokrisen (so Business for Britain, 2015, Change or Go). Man kann die Furcht vor neuen Eurokrisen durchaus als einen ernstesten Punkt betrachten – nicht nur weil **Griechenland, Irland und Portugal sich an minimale Haushaltsregeln der Eurozone beziehungsweise des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht hielten.** Die Bereitschaft etwa in Griechenland, die eigene Verfassung deutlich zu reformieren, fehlt offenbar. Dass der Chef des Statistischen Amtes im Grunde wegen normaler Amtsführung von der Tsipras-Regierung vor Gericht gebracht wurde (er wurde auf zwei Jahre auf Bewährung verurteilt), ist sonderbar und die **Euroländer sind offenbar nicht in der Lage, selbst in einem kleinen Mitgliedsland wie Griechenland notwendige, wichtige Verfassungsreformen mit anzuschieben.** Und das, obwohl mit der Vienna Commission ja eine internationale Expertengruppe des Europarates grundsätzlich mit hoher Kompetenz zu Rechts- und Verfassungsfragen in Europa zur Verfügung steht. Selbst wenn man in Sachen Eurozone aus ökonomischer Sicht zahlreiche kritische Fragen stellen kann, so ist die BREXIT-Vorstellung, man könne sich durch britischen EU-Austritt aus dem Instabilitätsbereich der Eurozone manövrieren wenig überzeugend und eigentlich illusorisch. UK könnte als EU-Mitgliedsland wohl auf alle EU-Entscheidungen, inklusive Währungsunionsfragen, kompetent und mit bestehenden Netzwerken vielfach einwirken; viel stärker jedenfalls als ein isoliertes UK dies kann. In vielen **Großbanken in**

**London herrschte zudem 2010-2016 eine realitätsferne Euro-Krisensicht vor, wonach die Eurozone auseinander brechen werde.** Die Eurokrise kann 2017 weitgehend als überwunden gelten, obwohl noch wichtige Reformschritte für nachhaltige Währungsintegration fehlen. **Die Eurozone ist reformbedürftig bei den Kriterien zur Aufnahme von Euro-Mitgliedern**, wie schon die Griechenlandkrise gezeigt hat.

BREXIT ist ein Jahrhundertentscheidung **Ohne UK ist die EU geschwächt und deren traditionell liberale Handelspolitik-Orientierung gefährdet.** Deutschland hatte mit UK, Niederlande und Dänemark bislang eine Blockadeposition gegen Protektionismus in der EU inne. Mehr digitale Innovationsdynamik ist eine Herausforderung in der EU– hier gibt es **ernste Defizite, die es mit Blick auf die regionalen und globalen Märkte zügig anzugehen gilt, da man sonst zurück fällt.**

**Gemeinsame Deutschland-Frankreich-Initiativen für energische EU-Reform** sind mittelfristig – unter Einbeziehung anderer EU-Partner – für EU-Stabilität dringlich. Ob eine Merkel-geführte Jamaika-Koalition dies zu realisieren schafft, bleibt abzuwarten. Eine Wiederbelebung der Städtepartnerschaften als Europa der Bürger erscheint als wichtig.

**Netto-Kosten des BREXIT für UK (EIIW-Analysen/Welfens)**

<b>Tabelle: Kosten-Nutzen-Analyse des BREXIT für UK (Annahme: keine EU-UK-Abkommen)</b>	
<b>1) Vermeidung jährlicher Beitragszahlung</b> 0,4% des Bruttoinlandsproduktes	Kapitalisierung zu 3% Zins ergibt Gegenwartswert (langfr) von <b>13,3% Jahres-Nationaleinkommen</b>
<b>2) Zollbelastete UK-Importe aus EU nach BREXIT</b> 0,25% des Bruttoinlandsproduktes	<b>8,3% des Bruttoinlandsproduktes (2016)</b>
<b>3) Gewinnminderung für UK-Firmen</b> wegen Netto-Preissenkungen (vor EUZoll) im Binnenmarkt	<b>8,3% des Bruttoinlandsproduktes (2016)</b>
<b>4) Produktionsdämpfung in UK</b> um langfristig 6% wegen vermindertem Zugangs zum EU- Binnenmarkt	6% des Bruttoinlandsproduktes (2016) gemäß UK Treasury Studie (2016) zum britischen EU-Mitgliedschaftsvorteil: Annahme Vertrag EU-UK (im Fall No-Deal-Ausstieg aus EU: <b>7% Verlust</b> )
<b>5) Makro-Rückwirkungseffekt</b> aus 4), was nämlich in EU27 zu 1% Einkommensdämpfung führt und dann UK-Einkommen um 0,2% dämpft	<b>0,2% des UK-Bruttoinlandsproduktes</b>
<b>6) Nicht-Realisierung der von Cameron Anfang 2016 ausgehandelten EU-Binnenmarktvertiefungs-Vorteilen</b>	<b>4% des UK-Bruttoinlandsproduktes</b> (gemäß UK Treasury Studie (2016) zum britischen EU-Mitgliedschaftsvorteil)
<b>7) Durch reale Abwertung bedingte Erhöhung des Anteils ausländischer Investoren</b> am UK-Kapitalbestand: von 27% 2016 auf 40% 2030	<b>4,3% des UK-Bruttonationaleinkommens</b>
<b>8) Einseitige Senkung von Agrarimportzöllen</b>	<b>1% des UK-Bruttoinlandsproduktes</b>
<b>9) UK-USA-Mini-TTIP-Abkommen</b>	<b>2% des UK-Bruttoinlandsproduktes</b>
<b>Gesamteffekt in % des Bruttonationaleink.</b>	<b>-15,8% (netto)</b>

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens **Brexit aus Versehen** Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, Heidelberg: Springer 2017, 401 S. Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3

Paul Welfens **An Accidental Brexit** New EU and Transatlantic Perspectives, London: Palgrave Macmillan 2017, 174 S. Softcover €48,14 (D) | ISBN 978-3-319-58271-9

**Kontakt** Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de